

## Zerbricht Ulbrichts Ein-Mann-Diktatur?

### SED rollt die „Säuberungs“-Verfahren wieder auf

Mit Ausnahme der kurzen Ära Lenins wurden die Geschicke der deutschen Kommunistischen Partei seit Anbeginn von Stalin geleitet. Das heißt, daß nach der Verdammung Stalins die gesamte Geschichte der KPD und SED revidiert und unter einem neuen Gesichtswinkel geschrieben werden muß. Das mag Jahre dauern, aber es wird geschehen. Die Jungkommunisten von 1960 werden das, was 1955 gelehrt wurde, bereits als parteischädliche Ketzerei verurteilen. Die SED macht in diesen Wochen bereits die ersten Ansätze dazu, Man beschränkt sich dabei erst einmal auf die Rehabilitierung einzelner Persönlichkeiten aus der kommunistischen Gründerzeit und versucht, einige Geschehnisse der letzten zehn Jahre möglichst unauffällig zu korrigieren.

Man verfährt dabei nach folgendem Schema: Ehemalige KP-Führer, die inzwischen als „Parteifeinde“ gestorben sind, werden unter Heranziehung weitschweifiger ideologischer Erklärungen nachträglich rehabilitiert. Andere, die sich — wie z. B. Ruth Fischer — ins gegnerische Lager begeben haben, werden als wahre Schuldige zitiert, auf Grund deren Angaben man die inzwischen Verstorbenen oder Ermordeten „irrtümlich beseitigte“.

Ulbrichts Feinde waren: Gniffke, Paul Merker, Lex Ende, Franz Dahlem, Zaisser, Herrnstadt und andere. Ihre Ausrottung war schwieriger. Ulbricht wollte sie beseitigen, als Stalin ein todkranker Mann bzw. bereits gestorben war. Die Überlebenden kommen jetzt wieder. Was werden sie mit Ulbricht tun?

### Die „Säuberung“

Ulbrichts erster Schlag galt den nichtmarxistischen Parteien der Zone. Ein Teil ihrer Führer — wie z. B. Dr. Frank Schlußner — wurde in den Zuchthäusern der Zone umgebracht. Andere — wie Jakob Kaiser — sind heute die stärksten politischen Gegner der SED. Erst als Ulbricht solcherart „Ruhe im Lande“ geschaffen hatte, ging er an die Säuberung der eigenen Partei.

Das erste Opfer waren die Gewerkschaften. Bis 1948 wurden etwa 6500 altverdiente Kommunisten aus dem FDGB abberufen und zum Teil verhaftet. Dann folgten Leute wie Jakob Walcher, Alex Stark und Max Kiefer. Absolute Kommunisten, deren einziger Fehler war, anderer Ansicht als der SED-Chef zu sein.

Im September 1950 kam der erste große Schlag. Unter Bezugnahme auf alte Geschichten aus der Emigration, die Ulbricht in Moskau, jene aber im Westen verbrachten, wurden beseitigt: Politbüromitglied und Staatssekretär Paul Merker, im Sommer 1952 nach Moskau verschleppt, vor vier Wochen nach Ostberlin zurückgekommen. Lex Ende, Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, im Urangebiet „verstorben“. Reichsbahn-Chef Willy Kreikemeyer, soweit bekannt, verstorben. Leo Bauer, heute im Westen. Bruno Goldhammer, verschwunden. Maria Weite-  
rer, angeblich in einem Zwangsarbeitslager erblindet. Andere wurden vergessen. Aber von 1950 bis 1952 wurden unter Berufung auf diesen Fall „Merker und Genossen“ mehr als 65 000 SED-Funktionäre ausgeschlossen, verhaftet oder zur „Bewährungsarbeit“ eingesetzt.

Der nächste Schlag Ulbrichts ging gegen die Gegner seines 1952er Parteiprogramms, das zum 17. Juni führte: Franz Dahlem, zweitstärkster Mann der SED, wurde 1953 unter Ausnutzung der inzwischen längst widerrufenen und unter Folterung erpreßten Aussagen im Prager Slansky-Prozeß von Ulbricht beseitigt. Aber da war schon kein Stalin mehr, der Ulbricht helfen konnte. Die Russen selbst holten Dahlem aus der Haft, und im Februar 1956 trat dieser Mann das erste Mal wieder als Staatsfunktionär an die Ostberliner Öffentlichkeit.

Der SED-Chef Zaisser stürzte ebenfalls 1953, zusammen mit dem Nachfolger Lex Ende, Herrnstadt. Wieder nahmen die Sowjets beide in Schutz. Herrnstadt lebt noch heute in Thüringen — und Zaisser...? Die ihn 1955 in Moskau trafen, prophezeiten Ulbricht nichts Gutes! So sind alle überlebenden Ulbricht-Gegner im Laufe der letzten Monate irgendwie wieder ans Licht gekommen. Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED ist bemüht, für alle einen Rehabilitierungsmodus zu finden, den der heutigen SED-Chef nicht allzusehr ins Unrecht setzt. Dieser aber weiß, daß die Tage seiner Ein-Mann-Diktatur vorüber sind. Die am 24. März beginnende SED-Parteikonferenz wird dies zeigen.

Das heißt nicht, daß die SED-Führung künftig von Demokraten bevölkert wird. Aber es könnte bedeuten, daß sich die SED-Führer in ihren künftigen politischen Handlungen — auch gegenüber Nichtkommunisten — mit Rücksicht auf die Folgen mäßigen müßten.



## Ambulante Weltpolitik

DT. Die internationale Politik ist mehr als bisher zu einer ambulanten Tätigkeit geworden: Die verantwortlichen Staatsmänner reisen durch die Welt, besuchen einander und tauschen in persönlichem Gespräch ihre Meinungen aus. In diesen Wochen und Monaten haben wir eine ansehnliche Häufung solcher Begegnungen zu verzeichnen. Der amerikanische Außenminister Dulles weilte soeben in Neu Delhi, wo trotz des kühlen Empfanges in der indischen Öffentlichkeit sein Gespräch mit Nehru hoffentlich fruchtbar gewesen ist. Nehru und Dulles sind die Exponenten grundverschiedener weltpolitischer Haltungen. Ein besseres Verständnis zwischen ihnen kann sich deshalb auf die weitere Entwicklung nur vorteilhaft auswirken. Nach Dulles macht auch der französische Außenminister Pineau, gleichfalls von der Konferenz von Karatschi kommend, bei Nehru Besuch — der Mann also, der in seiner aufsehenerregenden Pariser Rede die gemeinsame Politik des Westens kritisch würdigte und sich bemüht, sie in mancher Hinsicht auf neue Wege zu lenken. Nehru hat durch die beiden Besuche Gelegenheit, interessante Studien über die westliche Politik zu machen. Während Pineau bei dem weisen indischen Staatsmann weilte, besucht sein Regierungschef, Guy Mollet, heute und morgen den britischen Ministerpräsidenten Eden, um dort sowohl zu erläutern als auch zu beschwichtigen. Die Pariser Rede Pineaus hatte nämlich in London eine nicht geringe Verwunderung erregt.

### Neue Ost-West-Gespräche

Danach wird London vorübergehend der Schauplatz wichtiger Kontakte mit der sowjetischen Politik sein. In diesen Tagen bereits trifft Malenkow an der Spitze einer technischen Delegation in Großbritannien ein, und ihm werden im April Chrustschow, Bulganin und möglicherweise auch Molotow zum Besuch bei der britischen

Regierung folgen. Das ist zweifellos die wichtigste Begegnung im Reigen der ambulanten Weltpolitik, und es gibt manche, die manches von ihr erhoffen. Der nächste Gast in London wird dann der deutsche Außenminister von Brentano sein. Er wird über die britisch-sowjetischen Besprechungen informiert werden, in denen das Problem der deutschen Wiedervereinigung hoffentlich den ihm gebührenden Platz einnehmen wird. Bald danach werden sich der französische Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau, einer sowjetischen Einladung folgend, nach Moskau begeben, wo sie einen sehr freundlichen Empfang finden werden. Den vorläufigen Schlußpunkt unter diese weltpolitischen Reisestationen setzt Nehrus Besuch in Bonn, von dem man nur wünschen kann, daß er das von Vizekanzler Blücher glücklich begonnene Werk einer besseren gegenseitigen Verständigung erfolgreich fortsetzen wird.

Hier werden also zwischen den Brennpunkten der Weltpolitik trockene diplomatische Noten und papierene Erklärungen mehr und anders als bisher durch lebendige Gespräche von Mensch zu Mensch ersetzt. Diese Methode ist zweifellos besser und kann auch fruchtbarer werden als die großen Konferenzen auf offenem Markt, die bisher mehr dazu geeignet waren, Gegensätze zu verdeutlichen als zu lösen. Zwar sind die weltpolitischen Positionen der Mächte noch immer erstarrt, aber es hat wenigstens den Anschein, daß diejenigen, die den diplomatischen Kampf führen, aus dem Grabenkrieg heraus wieder ins Freie möchten. Wenn die Chance, die hier gegeben sein kann, erfolgreich genutzt werden soll, dann genügt es allerdings nicht, daß nur die Technik der internationalen Gespräche beweglicher wird. Vielmehr muß die Politik selbst an Beweglichkeit gewinnen — endlich auch die westliche. Erst diese größere Beweglichkeit, die den Mut zum wohlervogenen Risiko, zu großzügiger Initiative und auch zu neuen Einfällen einschließt, erlaubt ein echtes Verhandeln. Wir verstehen darunter das vertrauliche Gespräch, das wirklich bis in die Tiefe der bestehenden Gegensätze und

bis an die äußersten Möglichkeiten ihrer Lösung reicht. Der Westen muß allerdings wissen, daß in seinen Verhandlungen mit den Sowjets die größere Beweglichkeit nicht mit einem Verlust an Festigkeit und Selbstbewußtsein verbunden sein darf.

### Gefährliche Abwesenheit

Noch etwas anderes ist notwendig, wenn der Westen in einer Phase größerer Beweglichkeit mit seiner Politik Erfolg haben soll. Da wollte eine andere weltbekannte Persönlichkeit zu politischen Besprechungen auf die Reise gehen, sie wurde aber kurz vor dem Abflug festgenommen und nach einem ganz anderen Reiseziel gebracht: Erzbischof Makarios von Zypern, der Mann, der — Volksführer und Kirchenfürst zugleich — an der Spitze der Bewegung für die Vereinigung Zyperns mit Griechenland steht. Wir fürchten sehr, daß diese britische Aktion sich als ein schwerer Fehler herausstellen wird, der die ohnehin heikle Lage nur noch verschlimmert. Es gibt im nationalpolitischen Kampf Männer, deren erzwungene Abwesenheit gefährlicher ist als ihre unbequeme Anwesenheit. Sie kehren später doch als die Sieger zurück, und selbst diejenigen, die sie verbannt haben, huldigen ihnen dann. „News Chronicle“ erinnert an einige Beispiele der jüngsten Geschichte: „Wir setzten Ben Gurion hinter Stacheldraht, und wir deportierten zweimal nach dem ersten Weltkrieg den ägyptischen Nationalisten Zaghlul Pascha. Die Franzosen deportierten den Sultan von Marokko und den tunesischen Nationalisten Bourgiba aus Nordafrika. Alle vier kehrten auf verschiedene Weise zurück und wurden mit Willkommensrufen empfangen.“ Wir lernen leider nichts aus der Vergangenheit.

An dem Scheitern der Verhandlungen um Zypern, die fünf Monate hindurch geführt worden waren, ist Erzbischof Makarios nicht ohne Schuld. Die britische Regierung war bereit, der Insel Zypern sofort eine weitgehende Selbstregierung zu geben und für die Zukunft auf eine endgültige Lösung hinzuwirken, „die den Wünschen

(Fortsetzung auf Seite 4)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Unteilbares Deutschland

Bonn (Eigenmeldung). Vom 23. bis 24. März veranstaltet das Kuratorium Unteilbares Deutschland in Bonn seine sechste Arbeitstagung. Auf der Tagesordnung stehen Referate von Prof. Scheuner und von den Bundestagsabgeordneten Friedensburg und Wehner über die Wiedervereinigung im Lichte der heutigen politischen Lage.

## „Keine Koexistenz mit Religion“

### Antichristliche Hetze in Leipzig

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Welches Ausmaß die Hetze gegen die christliche Religion in der Sowjetzone bereits angenommen hat, ist nach dem Fall der Gotteslästerung in Brandenburg jetzt in Leipzig erneut mit erschreckender Deutlichkeit zutage getreten.

Die dortige Bezirksleitung der SED übte scharfe Kritik an der „Leipziger Volkszeitung“, weil das Parteiorgan es zugelassen habe, daß in seinem Anzeigenteil „neben der Jugendweihe auch Propaganda für die Konfirmation“ gemacht wurde. Dem Blatt wurde weiter vorgeworfen, daß es besonders während der Weihnachtszeit „religiösem Aberglauben“ Raum gegeben habe.

Als „schweres Vergehen und Beispiel für Blindheit gegenüber den Erfordernissen des

## Endgültige Kriegsschäden-Regelung

### Neuer Lastenausgleich — Ansprüche erblich und übertragbar

Bonn, 12. 3. Der Lastenausgleich soll im kommenden Jahr in einen neuen entscheidenden Abschnitt eintreten. Während er bisher unter dem Gesichtspunkt stand, die Vertriebenen nach Möglichkeit in die einheimische Wirtschaft einzugliedern, beginnt 1957 die eigentliche Entschädigungsphase, in der den Geschädigten wenigstens teilweise der verlorene Besitz vergütet werden soll. Zu diesem Zweck wird ein Lastenausgleichsschlußgesetz erlassen, dessen Entwurf jetzt im Bundesfinanzministerium fertiggestellt worden ist und im Sommer dem Bundesrat und dem Bundestag zur Beratung zugeleitet werden soll.

Das neue Lastenausgleichsgesetz, das überraschenderweise nur wenige Paragraphen umfaßt, wird in der Hauptsache drei Fragenkomplexe regeln:

1. Hauptentschädigung: Auf Grund der Schadensfeststellung, die bis 1957 abgeschlossen sein soll, werden die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten in bestimmte Schadensgruppen eingestuft. Jeder Schadensgruppe entspricht ein sogenannter Grundbetrag, nach dem sich die Höhe der Hauptentschädigung bemißt. Wie man hört, wird zur Zeit in der Regierung noch über eine Erhöhung der Grundbeträge verhandelt, die bisher beispielsweise bei einem Schadensbetrag bis zu 1000 Reichsmark 800 DM, bei einem Schadensbetrag zwischen 10 000 und 12 000 Reichsmark 4000 DM, bei einem Schaden zwischen 90 000 und 125 000 Reichsmark 13 000

DM und bei einem Schaden zwischen 550 000 und einer Million Reichsmark 50 000 DM betragen sollten. Der Grundbetrag kann nur unter bestimmten Voraussetzungen prozentual erhöht werden. Unter Umständen ist aber auch eine prozentuale Kürzung möglich.

2. Hausratsentschädigung: Als Entschädigung für Vertreibungs- und Kriegssachschäden, die im Verlust von Hausrat bestehen, wird eine Hausratsentschädigung gewährt. Auch dieser Anspruch ist auf die Erben übertragbar. Die Höhe der Hausratsentschädigung wird nach dem Umfang der früheren Einkünfte oder des früheren Vermögens berechnet. Bisher war vorgesehen, daß sie 800 DM bei früheren Einkünften bis zu 4000 Reichsmark jährlich oder bei einem Vermögen bis zu 20 000 Reichsmark, 1200 DM bei früheren Einkünften bis zu 6500 Reichsmark jährlich oder bei einem Vermögen bis zu 40 000 Reichsmark, 1400 DM bei früheren Einkünften über 6500 Reichsmark jährlich oder bei einem höheren Vermögen als 40 000 Reichsmark betragen sollte. Voraussichtlich werden diese Beträge aber im Rahmen des neuen Gesetzes erhöht. Als Zuschlag für den Ehegatten sind 200 DM, für jeden weiteren Familienangehörigen 100 DM vorgesehen.

3. Beendigung der Eingliederungsphase: Nach dem Anlaufen der eigentlichen Entschädigung auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes sollen die bisherigen Lastenausgleichshilfen beendet werden. Das Lastenausgleichsschlußgesetz wird für die einzelnen Arten der Hilfe Schlußtermine festlegen, die bis zur Verabschiedung des Gesetzes noch lebhaft umstritten werden dürften.



## Britisch-französischer Abrüstungsplan

Ergebnis des Treffens Eden—Mollet

Paris (AP/DPA). Der britische Premierminister Eden und der französische Ministerpräsident Mollet haben bei ihren Besprechungen in London vereinbart, am Montag einen gemeinsamen Abrüstungsplan vorzulegen, der den toten Punkt in der Abrüstungsfrage überwinden soll. Eisenhowers Sonderbeauftragter für Abrüstungsfragen hatte ebenfalls, in London Besprechungen, die in dieser Richtung liegen.

Es verlautet, daß Eden sich der Auffassung Pineaus angeschlossen habe, wonach die Abrüstungsfrage den Vorrang vor allen anderen Fragen, somit also auch der Wiedervereinigung Deutschlands, haben müsse.

Wie Mollet nach seiner Rückkehr aus London mitteilte, wird der Plan, der auf einer „Synthese“ aller bisherigen Abrüstungsvorschläge der Westmächte und der Sowjetunion beruht, dem Fünfmächte-Abrüstungsausschuß bereits am 19. März unterbreitet werden. Mollet betonte, daß seine Vorschläge die „vollste und wärmste

Zustimmung“ des britischen Premiers gefunden haben und daß die französisch-britischen Beziehungen „niemals so gut wie jetzt“ gewesen seien.

Nach Abschluß der Besprechungen wurde in London ein Kommuniqué herausgegeben, in dem die bereits von dem französischen Außenminister Pineau vertretene Notwendigkeit unterstrichen wird, den wirtschaftlichen Maßnahmen im Nahen Osten und in Afrika erhöhte Bedeutung beizulegen. Die Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs bekräftigten die Verbundenheit ihrer Länder

mit der atlantischen Allianz und ihre Absicht, die gemeinsame Front der Freien Nationen zu stärken. Sie unterstrichen ferner ihren gemeinsamen Wunsch, Fortschritte bei einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung zu erzielen und betonten schließlich die Notwendigkeit, ihr besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlichen Maßnahmen im Nahen und im Fernen Osten und in Afrika zu richten.

## 273 000 KP-Mitglieder ausgeschlossen

Belgrad (AP/DPA). Die 6. Plenarsitzung des Zentralkomitees der jugoslawischen KP ist mit einer Rede von Vizepräsident Rankovic eröffnet worden. Rankovic gab bekannt, daß die Zahl der Mitglieder gegenwärtig 620 806 beträgt und daß im abgelaufenen Jahr 24 889 Mitglieder neu aufgenommen und 34 181 ausgeschlossen worden sind. Insgesamt seien in den letzten sechs Jahren 273 000 Mitglieder ausgeschlossen und 125 000 disziplinarisch bestraft worden. Rankovic kritisierte, daß viele Mitglieder ohne nähere Prüfung entfernt worden seien.

## Ambulante Weltpolitik

(Fortsetzung von Seite 2)

der Bevölkerung entspricht und mit dem strategischen Interesse Großbritanniens vereinbar ist“. Nicht an diesem Prinzip einer stufenweise geplanten Entwicklung von der Selbstregierung zur späteren nationalen Selbstbestimmung, sondern an Fragen dritten Ranges sind dann leider die Verhandlungen gescheitert. Die britische Aktion und die griechische Reaktion, die zunächst in der wohl befristeten Aberberufung des Botschafters in London bestand, beleuchten wie ein Blitzlicht die Situation des Westens. Es ist nur für Moskau ein Vergnügen, zwei Länder, die durch den atlantischen Pakt und andere gemeinsame Interessen miteinander verbunden sind, in solch erbittertem Konflikt zu sehen.

### Großzügige Lösungen!

Einige geographische Schritte weiter, und man stößt auf die Brandzone der arabischen Länder, die sich in zusammenhängender Front vom Mittleren Osten über die nordafrikanische Küste bis zum Atlantik erstreckt. Hier steht vor allem Frankreich im Kampf um seine nordafrikanische Existenz, die

zugleich die europäische Existenz in diesem Raume ist, und verzehrt die ihm verbliebene Macht, den inneren Frieden und die Autorität seiner Staatsführung. Das Talent, im vergeblichen Versuch der Konservierung einer veralteten Gegenwart die Zukunft zu verlieren, ist anscheinend stärker als die Kunst, Positionen rechtzeitig zu verwandeln. Es gibt heute keine dringendere Aufgabe des Westens, als solche Brandherde nationalpolitischen Aufruhrs im eigenen Bereich zu befrieden. Die Sorge um diesen gefährlichen Zustand trifft nicht nur Frankreich und England, sondern die ganze freie Welt. Viele Millionen Menschen, vor allem der arabischen Welt, die heute im Aufruhr noch nicht gegen den Westen, wohl aber gegen die Reste der westlichen Kolonialpolitik stehen, sind nämlich in der Gefahr, morgen eine billige Beute Moskaus zu werden. Wir schulden es nicht nur der Wahrhaftigkeit unserer freiheitlichen Ziele, sondern auch unserem einfachsten Lebensinteresse, dieser verhängnisvollen Entwicklung mit großzügigen Lösungen in den Weg zu treten. Das eine ist die Not, das andere die Chance des Westens.

## Verbotene Ratenzahlungen

Berlin (Eigenmeldung). Die Volkspolizei hat nach einem Bericht der Ostberliner Zeitung „BZ am Abend“ alle Einwohner Ostberlins und der Sowjetzone, die auf Teilzahlungsgeschäfte in Westberlin eingegangen sind, angewiesen, sofort die Ratenzahlungen einzustellen.

Wer im Auftrag von Westberliner Geschäften fällige Raten in Ostberlin kassieren will, muß sofort der Volkspolizei gemeldet werden, die ihn festnimmt. Die Zeitung behauptet, daß eine Westberliner Firma „Mahn- und Drohbrieife“ an Ostberliner Teilzahlungskunden verschickt habe. Ein Beauftragter dieser Firma, der überfällige Raten kassieren wollte, sei festgenommen worden. Grundsätzlich ist es für Bewohner Ostberlins und der Sowjetzone verboten, Waren in Westberlin einzukaufen.



So sind sie wirklich:

## Dossiers gegen die „West-Emigration“

Einer der wichtigsten Männer im Apparat einer KP ist der Chef der Zentralen Parteikontrollkommission. Wer ein KP-Mitgliedsbuch annimmt, unterstellt sich damit einer außerhalb bürgerlicher Begriffe stehenden Gerichtsbarkeit. Die Partei kann ihn in höchste Staatsfunktionen setzen, aber sie kann ihn auch seiner Ehre, seines Berufes, seines Namens und — Zehntausende von Namen sind dafür Zeugen — seines Lebens berauben. Die Parteikontrollkommissionen sprechen Recht wie ein Schwurgericht. Oberste Instanz ist die ZPKK. Ihr Urteil soll endgültig sein. Bis 1953 durfte es nur Stalin revidieren, nicht einmal der 1. SED-Sekretär ...

Der Chef der ZPKK der SED ist Hermann Matern. Für den, der ihn nicht näher kennt, ein lustiger alter Herr mit weißem Haar, der immer die neuesten Witze und Histörchen kennt. Und mancher hat sich schon gefragt: „Wie kam der bloß in dieses Amt?“

Matern ist 62 Jahre alt. Er stammt aus Burg bei Magdeburg. Sein Lebenslauf ist der des Berufsfunktionärs. 1907 Sozialistische Arbeiterjugend, 1911 SPD, Mitbegründer der KP in Magdeburg-Anhalt, später Sekretär der dortigen KP-Bezirksleitung und schließlich ab 1931 KP-Chef in Ostpreußen.

### „Stalin hat immer recht!“

1933 Illegalität, Untergrundarbeit in Königsberg und Danzig, Zusammenarbeit mit der polnischen und litauischen KP, im Juli 1933 Verhaftung und Einlieferung ins Gefängnis Altdamm bei Stettin. Dort im September 1934 geflüchtet, illegal über Prag nach Paris. Und hier holte sich Matern seine Qualifikation für das heutige Amt eines Leiters der ZPKK.

Paris 1939. Tausende kommunistischer Emigranten verzweifeln an ihrem Glauben. Der Hitler-Stalin-Pakt öffnet ihnen die Augen. Auf öffentlichen Versammlungen, in Caféhäusern werden Mitgliedsbücher zerrissen. Paul Merker, Lex Ende,

### HERMANN MATERN



Hermann Burkhardt, alte Kommunisten verurteilen das Bündnis. Nur Matern stürmt gegen sie an: „Stalin hat immer recht! Er weiß, was er tut ...“

### „Ich gehe nach Moskau!“

1940. Die Deutschen vor Paris. Die KP-Emigration flüchtet nach Marseille. Wer Geld hat, geht nach Amerika. Matern bietet sich dem Emigrationskomitee an: „Ich verzichte auf die Passage. Ich gehe nach Moskau!“ Über Portugal und Odessa trifft er bei der Gruppe Pieck der Kommintern in Moskau ein. Als Instrukteur des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ schult er die künftigen Funktionäre der NDPD.

Am 1. Mai 1945 ist Matern wieder in Berlin. In Dresden organisiert er den ersten Verwaltungsapparat, bis April 1946 ist er Führer der sächsischen KP. Die „Vereinigung“ SPD/KPD bringt ihn in das Zentralsekretariat. Matern wird SED-Sekretär von Ostberlin. Im Januar 1949 übernimmt er gemeinsam mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Otto Buchwitz die ZPKK. 1950 — als man auf die Parität SPD/KPD in der Besetzung von Parteifunktionen keine Rücksicht mehr nehmen muß — ist Matern alleiniger Chef der ZPKK.

### „Was habt Ihr gesagt...?“

Zwei Monate später geht das Verfahren gegen Paul Merker und die übrigen Führer der französischen Emigration über die Bühne. Matern, als oberster Parteirichter, ist Kronzeuge gegen seine Gefährten von 1939/40. „Was habt ihr damals in Paris gesagt...?“ Da hilft kein Argument, kein Beschönigen. Dank seiner Kenntnis aller Zusammenhänge deckt Matern die geheimsten Verbindungen der Emigranten zu der prokommunistischen Hilfsorganisation „Unitarian Service Committee“ des Amerikaners Noel H. Field auf, den man zu dieser Zeit noch als Trotzkisten beschimpfte. Ulbricht gelingt es, die „Westemigration“, die ebenfalls Ansprüche auf die Parteiführung erhebt, zu zerschlagen.

1953 konstruieren Materns Leute die „partei feindliche Plattform“ der Zaisser-Herrnstadt. Wieder halten alte Emigrationsgeschichten her, für die Matern Spezialist geworden ist. Heute liegt über jeden Kommunisten, der die Nazizeit nicht in Moskau verbringen konnte, ein belastendes Dossier bei der ZPKK. Zusammengetragen aus Dummheiten, Eifersüchteleien und Nichtigkeiten, aber im Bedarfsfall furchtbar für den Betroffenen.

Als er Dahlem „erledigt“, wird ihm von Ulbricht der „Karl-Marx-Orden“ verliehen. Zahllose Ehrenämter und Funktionen schließen sich an. Wo immer sich die geringste Opposition gegen den 1. SED-Sekretär zeigt, wird sie unter Rückgriff auf die Dossiers der ZPKK im Keim erstickt. Jenny Matern, seine Frau, wird Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Materns Macht scheint unanfechtbar. Da kommt die Rehabilitierung der Field und Slansky aus Moskau, Warschau und Prag. Was nun? Der Mann mit dem würdigen weißen Haar — weiß er, was die Stunde geschlagen hat?



## Ostberlins Kritiker revoltieren

**Moskauer Parteitag hat Schriftsteller-Kongreß widerlegt**

Wenn es dem sowjetzonalen Kultusminister Becher nicht gelingt, Ostberlins Literaturkritiker durch weitgehende Zugeständnisse zu beruhigen, droht ein offener Streit um den letzten Schriftstellerkongreß der SED auszubrechen. Der „Aufbau-Verlag“ hat in Vorrahmung dieser Entwicklung bereits die erste Fassung seiner Kongreßprotokolle zurückgezogen und bringt dieser Tage eine völlig neue, gekürzte und abgeänderte Ausgabe der auf dem Schriftstellerkongreß gehaltenen Reden heraus. Grund dazu ist der Moskauer Parteikongreß, auf dem namhafte Sowjetschriftsteller gegen den „Dilettantismus“ in Literatur und Kritik sprachen und damit die SED-Kulturfunktionäre in entscheidenden Punkten widerlegten.

Der Streit brach aus, nachdem der SED angehörende Kritiker einige absolut unreife Bücher des sowjetzonalen Schriftstellernachwuchses trotz „fortschrittlicher Themenstellung“ in Grund und Boden verriksen hatten. Auf dem Schriftstellerkongreß traten die also Kritisierten, unter ihnen Maria Langner u. a., offen gegen die Kritiker auf und forderten deren „ideologische Überprüfung“.

Inzwischen hat die Moskauer parteioffizielle Zeitschrift „Kommunist“ derartige Methoden auf Grund der auf dem dortigen Parteikongreß gehaltenen Reden scharf verurteilt und einen Feldzug für die „echte Literaturkritik“ eingeleitet. Namhafte Sowjetzonen-Kritiker haben sich daraufhin an den Aufbau-Verlag gewandt, um eine Aufnahme ihrer Referate in das ausgedruckte Schriftstellerkongreß-Protokoll zu fordern. Auf Weisung des Kultusministeriums Johannes R. Bechers wurde dies abgelehnt. Aus „Platzgründen“, wie es hieß.

### „Judenbuche“ ist reaktionär

Das SED-Zentralkomitee, das die jüngsten Moskauer Ereignisse sorgfältiger beachtet als Becher, sieht nun seine Chance, etwas zu tun, das der neuen Linie Moskaus entgegenkommt. Über die Abteilung Kultur des ZK werden Artikel und kritische Beiträge einiger prominenter Kritiker lanciert, die in parteioffiziellen Zeitungen veröffentlicht werden müssen. Auf anderen, von der Öffentlichkeit wenig beachteten Kritiker-Konferenzen werden die Bücher der gängigen FDJ- und SED-Nachwuchs-Literaten erstmals einer ernsthaften künstlerischen Beurteilung unterzogen,

Unter welchen Aspekten der literarische Nachwuchs der Zone an die Beurteilung von Werken der Weltliteratur herangeht, beweist eine Geschichte des Kritikers Hans Reuter. Diesem erklärte ein Literaturstudent, die „Judenbuche“ der Droste-Hülshoff sei im Grunde reaktionär und ihre künstlerische Aussage zu bezweifeln, weil hier ein Gutsbesitzer, also ein Vertreter der ausbeuterischen Klasse, gar nicht unsympathisch dargestellt worden sei. Sogar Literatur-Spitzenverdiener Stefan Hermlin sprach sich in einem Gutachten an den Aufbau-Verlag gegen eine Neuaufgabe der „Judenbuche“ aus, weil

hier der „Klassenstandpunkt“ fehle.

Wie die heutige Zonenliteratur entsteht, kam auf einer Kritikerbesprechung im Ostberliner Künstlerklub zur Sprache. So hat beispielsweise der SED-Schriftsteller Marchwiza für die Materialsammlung zu einem Industrieroman ein Reisegeld von 18 000 DM und ein Jahr freien Aufenthalt bei voller Gehaltszahlung in den Stahlwerken der Zone erhalten. Alle Summen werden nicht auf die Tantiemen angerechnet. Rund 20 SED-Schriftsteller, unter ihnen Kuba, Bredel und Hermlin, arbeiten mit ähnlichen Verträgen an „Werken“, die irgendwann einmal fertig werden sollen. Standardthema: Der „sozialistische Aufbau der DDR“. Mit viel optimistischen FDJ-Mädchen, progressiven Liebesgeschichten, einigen Agenten und dem von Traktorengeknatter und Maschinenlärm getränkten Happy-End.

Hier wollen die Kritiker, gestützt auf den Moskauer Freibruf, ansetzen: „Was Mist ist, soll gesagt werden!“ Fraglich bleibt nur, wie lange diese Periode geduldeter Kritik währt und — ob die Bücher danach besser werden ...

## Nur Kriminelle wollen heim

**Rund 300 russische Strafgefangene meldeten sich**

Bonn (Eigenmeldung). Rund 300 russische Strafgefangene, die zur Zeit längere Haftstrafen, größtenteils wegen schwerwiegender krimineller Delikte, in Gefängnissen und Zuchthäusern der Bundesrepublik verbüßen, haben den Wunsch geäußert, in die Sowjetunion zurückkehren zu dürfen.

Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums bezeichnete die Aussetzung der Strafen und die Ausweisung der Gefangenen aus dem Bundesgebiet als den einzigen Weg, den Häftlingen schon bald die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Die zuständigen Stellen prüfen zur Zeit, in welchen Fällen dieses Verfahren angewandt werden kann.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes nahm gleichzeitig zu der sowjetischen Note Stellung, in der die Sowjetregierung der

Bundesregierung den Vorwurf gemacht hatte, sie behindere die Rückkehr sowjetischer Staatsbürger. Niemand werde daran gehindert, das Bundesgebiet zu verlassen, es sei denn, er werde wegen krimineller Vergehen im Augenblick festgehalten.

Duderstadt (AF/DPA). Die russische Ordensschwester Lydia Ossadschaja, die im Ursulinen-Kloster in Duderstadt lebt, hat in einem Schreiben dem sowjetischen Botschafter Sorin mitgeteilt, daß sie nicht daran denke, in die Sowjetunion zurückzukehren. Sie nahm damit zu einer Behauptung in der sowjetischen Note an die Bundesregierung Stellung, in der u. a. behauptet worden war, sie werde seit längerer Zeit im Kloster festgehalten und unter Zwang gesetzt, um ihre Rückkehr zu verhindern.



## „Konstruktionsbüro Bautzen“

### Geheiminsatz für Strafgefangene

Berlin (Eigenbericht). Während die Pankower Regierung weiterhin versucht, mit drakonischen Maßnahmen die Flucht von Technikern, Wissenschaftlern und qualifizierten Facharbeitern in die Bundesrepublik zu stoppen, berichtet ein dieser Tage nach Westberlin geflüchteter Ingenieur darüber, wie im Gefängnis Bautzen, der größten Strafanstalt der Sowjetzone für politische Gefangene, die Häftlinge aus den Berufen der „Intelligenz“ durch besondere Vergünstigungen zum Sonderinsatz für das Regime veranlaßt werden.

Dort besteht nämlich das „Konstruktionsbüro der Strafvollzugsanstalt Bautzen“, in dem 160 Strafgefangene, alles ausgesuchte Fachkräfte, auf Anforderung verschiedener Sowjetzonen-Ministerien, so vor allem des Ministeriums für Schwermaschinenbau, mit Entwürfen für Motoren, Flugzeugen, Leichtmaschinen und Baukonstruktionen beschäftigt sind.

Teilweise werden hier hinter den dicken Gefängnismauern Arbeiten ausgeführt, die streng geheimgehalten werden sollten. Der Gefangeneneinsatz ist im übrigen ähnlich organisiert, wie die von Himmler während des Krieges angeordnete Spezialverwendung hochqualifizierter KZ-Häftlinge.

Die Masse der Insassen des Bautzener Gefängnisses boykot-

tiert die Gefangenen des „Konstruktionsbüros“, weil sie diese für „Verräter“ und Handlanger der Kommunisten hält. Infolgedessen mußten die Spezialisten schon mehrfach vom Wachpersonal gegen die Wut ihrer Mithäftlinge geschützt werden.

Leiter des Konstruktionsbüros ist seit Jahren der Diplomingenieur Otto Däubler, der kurz nach Kriegsende von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er bekommt ein Monatsgehalt von 1200 Ostmark und hat das Recht, Lebensmittel und Zigaretten unbeschränkt in der Gefängnis-HO zu kaufen. Ebenso darf er sich innerhalb der Gefängnismauern unbehindert bewegen und kann die ganze Nacht Licht brennen lassen in seiner Einzelzelle, so-

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

lange er will. Zwei Geheimaufgaben wurden dem „Konstruktionsbüro der Strafanstalt Bautzen“ in den letzten Monaten anvertraut. Die eine ist die Detailkonstruktionsentwicklung eines neuen Panzers und die andere die von Rechenautomaten.



VIZEADMIRAL RUGE (grüßend) wurde vom Bundesverteidigungsminister (links) zum neuen Leiter der Marineabteilung ernannt. Rechts: Sein Vertreter, Konteradmiral Wagner



## Schikanen an Bahnschranken

Ist es Schikane oder Unvermögen, daß die kommunistisch verwaltete Reichsbahndirektion die Bahnübergänge in der Berliner Gorki-straße und am Waidmannsluster Damm in Tegel blockiert? Seit Januar werden die Bohlen auf dem Übergang am Waidmannsluster Damm ausgewechselt. Zwei Arbeiter halten sich seit fast zehn Wochen an dieser so verkehrswichtigen Renovierung fest. Ihnen ist kein Vorwurf zu machen, denn was sollen zwei Mann schon ausrichten? Aber die kommunistische RBD weiß das.

In der Gorkistraße sind die Reparaturen vor einiger Zeit abgeschlossen worden. Aber weil anscheinend geschlossene Schranken so wirkungsvoll die Vormachtstellung der Sowjets auf dem Eisenbahn-Verkehrsnetz in Westberlin demonstrieren, öffnet man sie auch jetzt nicht zwischen den sich im Abstand von fünf Minuten begegnenden S-Bahn-Zügen. Die Folge: ein Autostau zu beiden Seiten, der im Berufsverkehr bedrohliche Formen annimmt.

Man kann dieses Verhalten nur als Schikane bezeichnen. Die Tegeler sind mit Recht erobert darüber, denn durch die Schrankensperren wird diesem Ortsteil — und das scheint die kommunistische Absicht zu sein — ein dörflicher Stempel aufgedrückt.



„Genosse, zieh die ‚Botten‘ aus, wir dürfen nicht mehr auf Teilzahlung im Westen kaufen.“



**BILD DER WOCHE:** Eine der luxuriösesten Villen Moskaus wird der deutsche Botschafter Dr. Haas als Dienstwohnung beziehen. Jahresmiete: 70 000 bis 90 000 Rubel